

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 19. Oktober 2021 in Luxemburg

Am 19. Oktober 2021 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 21./22. Oktober 2021, die Konferenz zur Zukunft Europas sowie der jährliche Dialog über Rechtsstaatlichkeit. Unter „Sonstiges“ informierte der slowenische Ratsvorsitz über die internationale Konferenz vom 23. August 2021 in Ljubljana anlässlich des Europäischen Gedenktags an die Opfer totalitärer Regime.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 21./22. Oktober 2021

Zum Thema COVID-19 betonte ich, dass die Impfquote weiter erhöht und gleiche Impfraten in allen Mitgliedsstaaten angestrebt werden müssen. Niemand sei sicher, solange nicht alle sicher sind. Dabei stelle die Impfskepsis eine besondere Herausforderung dar. Hier sei insbesondere der Kampf gegen Desinformation zentral. Betreffend Reisen und Grenzen unterstrich ich die Wichtigkeit, dass COVID-Zertifikate von der EU und Drittstaaten gegenseitig anerkannt werden. Zudem sollte bei der Entscheidung über Reisebeschränkungen in die EU und innerhalb der EU den Kriterien der Impfrate und Hospitalisierungen mehr Bedeutung zukommen.

Ich begrüßte den Fokus des Entwurfs der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates auf das Thema Digitalisierung. Die Vollendung des Digitalen Binnenmarkts sei besonders wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU sicherzustellen. Innovation müsse einen entscheidenden Beitrag zur digitalen Souveränität Europas leisten. Als besonders wichtige Initiativen hob ich den *Digital Services Act* und den *Digital Markets Act* hervor. Wichtig sei zudem der Kampf gegen Cyberkriminalität.

Betreffend die steigenden Energiepreise hob ich die Verantwortung der Mitgliedsstaaten hervor, für Preiserleichterungen zu sorgen. Unkoordinierte nationale Antworten müssen

ebenso vermieden werden wie vorschnelle Eingriffe in die Regeln des Binnenmarktes. Die Debatten zu Klimaschutz und zu den Energiepreisen dürfen nicht vermischt werden. Darüber hinaus begrüßte ich die Umwandlung der EIB in eine Klimabank, appellierte aber, die EIB nicht zu noch höheren Geschäftsvolumina zu drängen.

Zum Thema Migration hob ich die aktuelle Anzahl der Asylanträge in Österreich und den steigenden Migrationsdruck auf die EU-Außengrenze sowie internationale Entwicklungen hervor. Darüber hinaus verwies ich auf die Debatte bezüglich einer Nutzung des EU-Budgets zur Errichtung physischer Barrieren für den Außengrenzschutz.

Schließlich informierte ich kurz über meine Teilnahme am *Malmö International Forum on Holocaust Remembrance and Combating Antisemitism*. Ich unterstrich dabei die hohe Priorität des Kampfes gegen Antisemitismus für Österreich und hob insbesondere den Kampf gegen Antisemitismus im Internet hervor: Österreich sei hier Vorreiter hinsichtlich der Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen und sozialen Netzwerken.

Konferenz zur Zukunft Europas

Der slowenische Ratsvorsitz und der EU-Kommissar Didier Reynders informierten zum aktuellen Stand. Ich begrüßte die laufenden intensiven Arbeiten im Rahmen der Konferenz und unterstützte den Vorsitz bei dem Ziel, insbesondere die Staaten des Westbalkans bei der Konferenz einzubinden.

Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit

Die Europäische Kommission stellte ihren am 20. Juli 2021 vorgelegten jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht vor. Im Anschluss fand ein allgemeiner Austausch zur Situation der Rechtsstaatlichkeit in der EU auf Basis des Berichts statt. Ich dankte der Europäischen Kommission für die Vorlage des Berichts, der einen wichtigen Bestandteil der EU-Instrumente im Bereich der Rechtsstaatlichkeit darstellt. Zum Thema Rechtsstaatlichkeit sei der Austausch und der Dialog auf Augenhöhe mit allen Mitgliedsstaaten notwendig. Zu allen Mitgliedsstaaten gebe es neben *Best Practice* Beispielen auch Kritikpunkte, an denen weitergearbeitet werden muss. Der Rechtsstaatlichkeitsbericht sei ein gutes Instrumentarium, um die Temperatur der Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa zu messen, und soll nicht als Fingerzeig verstanden werden. Ich unterstrich zudem, dass der Vorrang des EU-Rechts außer Frage stehe.

Sonstiges: Internationale Konferenz anlässlich des Europäischen Gedenktags an die Opfer totalitärer Regime am 23. August in Ljubljana

Der slowenische Ratsvorsitz informierte über die internationale Konferenz mit dem Titel „*Illusive Reconciliation: Transitional Processes in Central and Eastern Europe in a Comparative Perspective*“, die am 23. August 2021 in Ljubljana anlässlich des Europäischen Gedenktags an die Opfer totalitärer Regime organisiert wurde.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

6. Dezember 2021

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin